

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Oktober 2019 II

TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Oktober die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 2

Die militärische Invasion des NATO-Partners Türkei in Nordsyrien stelle laut Fraktion DIE LINKE einen Bruch des Völkerrechts dar und müsse zu breitem Protest der demokratischen Kräfte in der EU und Deutschland führen. Laut Antrag müsse die Türkei mit sofortiger Wirkung aus der NATO ausgeschlossen werden oder Deutschland müsse seine Mitgliedschaft in diesem Militärbündnis suspendieren, da ansonsten der Bündnisfall drohe. Sämtliche Waffenlieferungen in die Türkei seien sofort zu stoppen. Die kurdische Selbstverwaltung verdiene als wichtiger Partner gegen den IS „unsere Solidarität und Unterstützung in der Gefahr ihrer völligen Vernichtung“.

TOP 3

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachten im Juni 2019 das „Grüne-Band-Gesetz“ in den Landtag ein. Damit soll entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze der einstige Grenzstreifen als Nationales Naturmonument gemäß dem Bundesnaturschutzgesetz festgesetzt und unter Schutz gestellt werden. Das Nationale Naturmonument wird eine Fläche von 4 754 Hektar und eine Länge von 343 Kilometern haben. Der Ausschuss für Umwelt und Energie hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des geänderten Gesetzentwurfs vorsieht.

TOP 4

Die Landesregierung legt ein „Konzept zur zukünftigen Gestaltung von Förderschulen“ vor und bittet nun den Landtag, sein Einvernehmen zu erklären. Mit dem Konzept wird ein Beschluss des Landtags vom 29. September 2016 umgesetzt. Die mitberatenden Ausschüsse haben sich den Empfehlungen der regierungstragenden Fraktionen angeschlossen. Die Empfehlungen wurden vollumfänglich im Konzept aufgenommen.

TOP 5

Nach den Rücktrittsforderungen gegenüber verschiedenen anderen Ministerinnen und Ministern der Landesregierung beantragt die AfD-Fraktion nun, dass der Minister für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht, aufgefordert werde, die politische Verantwortung für den unzureichenden Polizeischutz der Jüdischen Gemeinde in Halle und anderer jüdischer Einrichtungen in Sachsen-Anhalt in seiner Funktion als oberster Dienstherr der Polizei zu übernehmen und sein Ministeramt zur Verfügung zu stellen.

TOP 6(a+b)

(a) Das Krankenhausfinanzierungsgesetz definiert, dass das Land für die Investitionsförderung zuständig ist. Diese Finanzierung sei in den letzten zehn Jahren nur unzureichend erfolgt, konstatiert die AfD-Fraktion. Aus diesem Grund hat sie eine Aktuelle

Debatte beantragt, um über die Aufrechterhaltung der flächendeckenden Krankenhausversorgung zu diskutieren.

(b) Auch in Zukunft müsse die Krankenhausplanung des Landes die Grundlage für den zeitgemäßen Beitrag des stationären Sektors zur Sicherung einer wohnortnahen und hochwertigen medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt schaffen. Die AfD-Fraktion bringt daher einen Antrag für eine verantwortungsvolle Krankenhaus-Investitionsförderung in Sachsen-Anhalt, den Abbau von Investitionsstaus und für die Sicherung der Qualität in den Einrichtungen ein.

TOP 7

Laut AfD-Fraktion sei es notwendig, die rechtliche Stellung der deutschen Sprache zu stärken. Daher brachte die Fraktion im September 2019 einen Gesetzentwurf ein, durch den die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt um einen Paragraphen erweitert werden sollte, der Deutsch als „Sprache des Landes Sachsen-Anhalt“ festlegt. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in Zweiter Beratung behandelt. Eine Ausschussüberweisung hatte es nicht gegeben.

TOP 8

Nach Ratifizierung des Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrags auf Bundesebene ist es notwendig, die landesrechtlichen Bestimmungen anzupassen. Deshalb muss das Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (GlüG LSA) entsprechend geändert werden. Die Landesregierung legte dazu einen Gesetzentwurf vor. Nach der Beratung im Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dieser, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

TOP 9

Zu hohe Katzenpopulationen sind mit geeigneten tierschutzgerechten Maßnahmen zu vermindern und zu begrenzen. Mit dem Gesetz zur Übertragung der Ermächtigung zur Festlegung von bestimmten Gebieten zum Schutz freilebender Katzen wird diese Ermächtigung auf die Gemeinden übertragen. Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

TOP 10

Im Juni 2019 brachten die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Entwurf eines Gesetzes über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen in den Landtag ein. Das Gesetz soll den Empfang und die Verarbeitung von elektronischen Rechnungen regeln. Außerdem wird die elektronische Rechnung als legal definiert. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Inneres und Sport, den Gesetzentwurf in veränderter Fassung anzunehmen.

TOP 11

Das Landesverwaltungsamt (LVwA) ist Bündelungsbehörde für die Aufgabenerledigung in der oberen Landesverwaltung. Jährlich werden ihm neue Aufgaben übertragen – durch neue oder geänderte Rechtsvorschriften der EU, des Bundes und des Landes. Um auch künftig die Wahrnehmung der Aufgaben abzusichern, wurde der Aufgabenbestand des LVwA einer kritischen Betrachtung dahingehend geprüft, ob Optimierungsmöglichkeiten bestehen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll ein Teil der Ergebnisse der Aufgabenkritik kurzfristig umgesetzt werden.

TOP 12

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung gebeten werden, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Kindergeld und Taschengeld inklusive der Einnahmen

aus sogenannten „Ferienjobs“ nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Darüber hinaus soll im Bund eine Änderung des SGB VIII angestrebt werden, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe in Anspruch genommen werden.

TOP 13

Mit einem Landtagsbeschluss vom November 1994 sollte nicht nur ein Landesseniorenbeirat gebildet, sondern auch ein/e Seniorenbeauftragte/r gewählt werden. Letzteres ist bis dato ausgeblieben. Mit ihrem Antrag will die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung aufgefordert wissen, eine/n Landesseniorenbeauftragte/n bis Mitte 2020 einzusetzen. Die Landesregierung soll zudem aufgefordert werden, bis Ende des I. Quartals 2020 über den Stand der Einsetzung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration zu berichten.

TOP 14

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Erdoğan-Regimes auf Nordsyrien scharf zu verurteilen“. Die Landesregierung soll sich zudem im Bundesrat dafür einsetzen, dass deutsche Soldaten insbesondere auch für den Fall einer Ausrufung des NATO-Bündnisfalls durch die Türkei nicht nach Syrien entsendet und dort nicht in völkerrechtswidrige Kampfhandlungen verwickelt werden. Jegliche Waffenexportgeschäfte seien auf den Prüfstand zu stellen.

TOP 15

Die Schulentwicklungspläne aller Landkreise wiesen zahlreiche Schulen aus, die in den nächsten Jahren nach der aktuellen Rechtslage als bestandsgefährdet gelten werden, meint die AfD-Fraktion. Sie bringt daher einen Antrag ein, durch den die Verantwortlichen auf Seiten des Schulträgers, des Trägers der Schulentwicklungsplanung und der Schulbehörde ermutigt werden sollen, alle Mittel und Ermessensspielräume auszuschöpfen, um Schließungen von Schulen im ländlichen Raum zu verhindern. Zudem soll die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorlegen.

TOP 16

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll sich der Landtag bei der Nutzung der Windenergie vollumfänglich zu den Prüfbereichen für WEA-empfindliche Brut- und Rastvogelarten sowie zum Untersuchungsrahmen für WEA-empfindliche Fledermausarten bekennen. Ein Bekenntnis soll es außerdem zu den bisher angewandten Abstandsempfehlungen zur Ausweisung von Windenergiegebieten im Hinblick auf Natur-, Landschafts- und Wasserschutz- sowie Siedlungsgebiete geben.

TOP 17

Erster Grundsatz für das Haushaltsgesetz sei das Prinzip der Vorherigkeit, betont die Fraktion DIE LINKE. Danach sollen Haushaltsgesetz und Haushaltsplan vor Beginn des Zeitraums, für den sie gelten, beschlossen und verkündet sein. Dieser Verpflichtung komme die Landesregierung nicht nach. Auf Antrag der Fraktion soll der Landtag dieses Vorgehen missbilligen und die Landesregierung auffordern, den Haushaltsplan 2020/2021 unverzüglich vorzulegen.

TOP 18

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll der Landtag die Anschubfinanzierung des Bundes für Aufforstung und Waldumbau begrüßen und die Landesregierung auffordern, im aktuellen Haushaltsentwurf die entsprechenden anteiligen Landesmittel einzuplanen, um den notwendigen Landesbeitrag für den Waldumbau zu gewährleisten. Darüber hinaus seien im Landeshaushalt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um weiteres qualifiziertes Forstpersonal für den Waldumbau und den effizienten Einsatz der bereitgestellten Waldumbaumittel einzustellen.

TOP 19

Die AfD-Fraktion weist mit ihrem Antrag darauf hin, dass die vor gut einem Jahr beschlossene Weidetierprämie bzw. Mutterkuhprämie bisher nicht ausgezahlt worden sei. Hierfür seien die entsprechenden Haushaltsmittel bereitzustellen. Zudem ist die AfD-Fraktion bestrebt, die Landesregierung aufzufordern, nach Ablauf des aktuellen Wirtschaftsjahrs eine Aktualisierung der Gesamtkonzeption Schafhaltung im Land Sachsen-Anhalt zu erstellen.

Die beiden Sitzungen der 40. Sitzungsperiode beginnen am 24. und 25. Oktober 2019 jeweils um 9 Uhr.